

Original:

Romain Baeriswyl, Swiss National Bank, Zurich: The Case for the Separation of Money and Credit

In: Monetary Policy, Financial Crises, and the Macroeconomy

© Springer International Publishing AG 2017, p. 105 - 121

Die in diesem Paper ausgedrückten Ansichten sind die des Autors und geben nicht notwendigerweise die der Schweizer Nationalbank wieder.

Argumentation für die Trennung von Geld und Kredit

Romain Baeriswyl

Abstract: Dieses Paper legt dar, dass Zentralbanken die Konsumentenpreis-inflation mit Geldspritzen durch Pauschalüberweisungen an die BürgerInnen (Bürgergeld) besser kontrollieren könnten als mit Beeinflussung des Kreditmarkts und der Zinssätze. Bürgergeld führt zu weniger sektoriellen Verzerrungen und intertemporalen Verschiebungen als Massnahmen, die auf die Belebung des Kreditmarktes abzielen. Sie erlauben den Zentralbanken, Inflationsziele zu verfolgen ohne wirtschaftliche Ungleichgewichte aufzubauen.

Während die Kreditexpansion durch eine Bank weit besonnener und akzeptabler erscheint als die direkte Ausgabe von neuem Geld, hat erstere in Wirklichkeit weit schwerwiegendere Folgen für das Wirtschaftssystem; Folgen, welche die meisten Menschen als ausgesprochen unerwünscht ansehen werden.

Murray Rothbard (1962, p.991)

1 Einführung

Der Ausbruch der jüngsten Finanzkrise hat gezeigt, dass Preisstabilität nicht gegen Finanzinstabilität schützt. Dieses Paper legt dar, dass das Streben einer Zentralbank nach Preisstabilität im gegenwärtigen Geldsystem unbeabsichtigte Folgen nach sich zieht, weil die Erhöhung der Geldmenge, die zur Stabilisierung der Preise in einer wachsenden Wirtschaft nötig ist, im Kreditmarkt stattfindet, was wirtschaftliche Ungleichgewichte erzeugt. Dies macht deshalb die Trennung von Geld und Kredit wünschenswert, das heisst, eine andere Art, wie das Geld in Umlauf gebracht wird, und zwar so, dass eine Erhöhung der Geldmenge keine Erhöhung der Kreditmenge benötigt. Dies wird erreicht mit dem Mittel der pauschalen Geldüberweisung an die BürgerInnen (Bürgergeld). Die Zentralbank könnte tatsächlich die Konsumentenpreis-Inflation besser mit Bürgergeld kontrollieren als mit dem Versuch, auf den Kreditmarkt und die Zinssätze einzuwirken. Bürgergeld führt zu weniger sektoriellen Verzerrungen und intertemporalen Verschiebungen als Massnahmen, die auf die Belebung des Kreditmarktes abzielen.

Im gegenwärtigen Geldsystem ist die Geldschöpfung eng verknüpft mit der Kreditvergabe. (Anmerkung: Vgl. McLeay et. al. (2014) zur Geldschöpfung im fraktionalen Reserven Bank-System.) Die Geldmenge wächst, wenn Geschäftsbanken Kredit vergeben und gleichzeitig Gesamtnachfrage und Inflation stimulieren, und sie sinkt, wenn Kredit zurückbezahlt wird, was die Preise drückt. Wie man so sagt, ist das Geld geliehen in seine Existenz. [lent into existence] Dies macht das Streben nach Preisstabilität grundsätzlich unvereinbar mit

finanzieller und wirtschaftlicher Stabilität, indem die Zentralbank gezwungen ist, einen Zuwachs von Kredit und eingesetztem Fremdkapital [leverage] herbeizuführen, damit die Geldmenge wachsen kann. Dazu kommt, dass die Zentralbank gegen die Schrumpfung von Kredit und Fremdkapitaleinsatz kämpfen muss, um Schrumpfung des Geldes und Deflation zu verhindern. Obwohl also die Entschuldung der Wirtschaft hinsichtlich der Finanzstabilität willkommen ist, muss die Zentralbank dieselbe verhindern, um ihr Ziel der Preisstabilität zu erreichen.

Einige Zentralbanken in der ganzen Welt fanden es seit dem Beginn der letzten Finanzkrise schwierig, ihre Inflationsziele zu erreichen. Zentralbanken und Wissenschaftler haben bezüglich der Gestaltung von neuen Massnahmen zur Belebung der Inflation Fantasie gezeigt, trotz nominaler Zinssätze bis gegen Null. Während Massnahmen wie die quantitative Lockerung auf die Senkung der positiven langfristigen Zinssätze abzielen, gehen andere Vorschläge (wie Negativzins auf Einlagen, variable Wechselkurse von Einlagen und Bargeld oder einfach Abschaffung des letzteren), in Richtung der Senkung der langfristigen Zinssätze in den negativen Bereich. Als ein Ergebnis der verschiedenen Massnahmen zur Erhöhung der Liquidität und Senkung der Zinssätze, ist die Inflation tief geblieben, während die Vermögenspreise in die Höhe schnellten. So kreativ diese Massnahmen auch scheinen mögen, sie alle fallen in den Rahmen der Kreditgeld-Ökonomie, gemäss welcher Geldpolitik gleichbedeutend ist mit Zinsmanipulation. Der Versuch, die Inflation mit solchen Mitteln zu stimulieren, ist geneigt, die Blasenbildung bei Kredit, Fremdkapital und Vermögenspreisen anzuheizen; all dies für vermutlich geringen Effekt auf die Konsumausgaben.

Das Bürgergeld jedoch stellt einen Bruch mit der traditionellen Kreditgeld-Ökonomie dar, weil das Geld nicht mehr mit Kreditvergabe entsteht, sondern einfach mit der Übergabe. [*spent into existence*] Die Menge des zirkulierenden Geldes ist demnach unabhängig von der Kreditmarktentwicklung, weil es nicht mehr zu- und abnimmt mit der Vergabe oder Rückzahlung von Krediten. Bürgergeld ist wirkungsvoller und weniger verzerrend als Kreditexpansion. Dies aus zwei Gründen:

Erstens: Die Übertragung von einer Erhöhung der Geldmenge auf die Konsumentenpreis-Inflation ist direkter und stärker beim Bürgergeld als wenn das Geld in den Kreditmarkt eingespritzt wird. Im letzteren Fall treibt das neue Geld primär den Preis der Güter, deren Nachfrage durch Kreditgewährung gestützt wird, wie z.B. Immobilien. Erhöhungen der Liegenschaftspreise jedoch beeinflussen die Konsumentenpreis-inflation nicht direkt. Im Fall des Bürgergelds dagegen werden alle BürgerInnen ihr neues Geld entsprechend ihren Präferenzen ausgeben, was die ökonomischen Sektoren gleichmässiger belebt und die Preise einer breiteren Palette von Gütern anhebt als eine Kreditausweitung. Überdies ist der Nutzen von Bürgergeld gleichmässiger auf alle Wirtschaftsteilnehmer verteilt.

Zweitens: Das Bürgergeld verzerrt weder Zinsraten noch die intertemporale Struktur der Ökonomie, weil dieses Geld nicht notwendig und unmittelbar den Kreditmarkt erreicht. So ist der unverfälschte Zinssatz frei, seine koordinierende Rolle zu spielen zwischen Investition und Ersparnissen. Im Gegensatz dazu, wenn das Geld in den Kreditmarkt fliesst, wird eine Erhöhung der Geldmenge den kurzfristigen Zinssatz senken, was zum Übergewicht der Investition gegenüber den Ersparnissen führt und durch Kredit- und Vermögenspreisblasen wirtschaftliche Ungleichgewichte aufbaut.

Abschnitt 2 verfolgt den Ursprung der engen Verbindung zwischen Geld und Kredit zurück zum Goldstandard und legt dar, dass diese Verbindung in unserer Welt der uneinlösbaren Fiat-Währungen überflüssig geworden ist.

Abschnitt 3 zeigt kurz auf, was für Argumente in der Kontroverse zwischen der Banking School und der Currency School über die ökonomischen Konsequenzen der Verbindung von Geld und Kredit vorgebracht wurden.

Abschnitte 4 und 5: Die sektoriellen und intertemporalen Auswirkungen des Bürgergelds und der Kreditexpansion werden diskutiert.

Abschnitt 6: Über die Rolle des Geldsystems.

Abschnitt 7 spricht weitere Themen an, die in Beziehung stehen zur Einrichtung des Bürgergelds: Geldmengensteuerung, Verringerung der Geldmenge, Unabhängigkeit der Zentralbanken, Kapitalismus und Fiskalpolitik.

Abschnitt 8 kommt zum Abschluss.

2 Ist die Kreditgeld-Ökonomie ein unzeitgemässes Relikt?

Heutzutage bemessen die modernen Ökonomen den geldpolitischen Kurs primär anhand der Zinskonditionen. Das Lehrbuchbeispiel ist Woodford (2003), *Zins und Preise: Grundlagen einer Theorie der Geldpolitik*, der die reine Kredit-Ökonomie von Wicksel (1898) wiederbelebt, wo Geldpolitik beschrieben wird als Regelwerk zur Festsetzung eines nominalen Zinssatzes. Die reine Kredit-Ökonomie gehört zu einem Geldsystem, in dem Geld geschöpft wird durch Kreditgewährung.

Der Zinssatz ist der Preis, der für Kredit- (d.h. intertemporale) Geschäfte bezahlt wird. Es ist der Preis, der für das Ausleihen von Geld über einen bestimmten Zeitabschnitt bezahlt wird. Warum soll die Geldschöpfung mit der Kreditgewährung zusammenhängen? Warum soll Geld entstehen durch das Ausleihen? Warum sind Geld und Kredit so stark verflochten in unserem Geist? Die kurze Antwort ist: Wegen des Goldstandards.

Wenn eine Währung eingelöst werden kann in wertvolles Metall, ist die Veränderbarkeit der Geldmenge stark eingeschränkt. Dennoch kann die Gesamtmenge des zirkulierenden Geldes flexibel gemacht werden durch die Ausgabe von Währungssubstituten in Form von Bankeinlagen (d.h. Sichtguthaben). (Anmerkung: Geld ist definiert als das allgemeine Zahlungsmittel und besteht aus der Währung und den umlaufenden Währungssubstituten. Währung ist definiert als Aussengeld, monetäre Basis oder Zentralbank-Geld. Die Währung kann in wertvolle Metalle einlösbar sein oder aber uneinlösbar, wenn es sich um Fiat-Währung handelt. Währungssubstitute sind einlösbar in die Währung (von einer Geschäftsbank herausgegebene Ansprüche auf Auszahlung in der Währung), und sind gleichbedeutend mit Buchgeld, Sichtguthaben oder Bankeinlagen.) Währungssubstitute sind so lange Teil der Gesamtgeldmenge als Wirtschaftsteilnehmer sie als gültiges Zahlungsmittel anstelle der Währung akzeptieren.

Geschäftsbanken bringen Währungssubstitute in Umlauf, wenn sie Währung für eine bestimmte Zeit ausleihen: Geld entsteht im Ausleihen [*lent into existence*]. Während Währungssubstitute in Währung einlösbar sind, ist das Versprechen des Herausgebers von Währungssubstituten, auf Verlangen Währung zu bezahlen, ausgetauscht gegen das Versprechen des Empfängers, Währung zu einem späteren Zeitpunkt zurückzuzahlen. Währungssubstitute müssen ausgegeben werden gegen das Versprechen der Rückzahlung, denn sonst würde der Herausgeber des Währungssubstituts schnell bankrott sein, da er die Währung selbst, in welche die Substitute einlösbar sind, nicht herausgeben kann. Die Einlösbarkeit des Substituts in die Währung ist somit der tiefere Grund, warum Währungssubstitute (Geld) durch Kreditgewährung herausgegeben werden. Die strenge Limitierung hinwiederum, welche der Goldstandard der Währungsausweitung auferlegt, erklärt, warum Währungssubstitute in einem derartigen Geldsystem eine wichtige Rolle spielen, und somit auch, warum Geld, Kredit und Zinssätze in eine so enge Verflechtung geraten sind. (Anmerkung: Zu beachten ist, dass Änderungen an der Währung selber (Gold) nicht durch Kreditgewährung stattfinden, sondern durch den Kauf und Verkauf von Gold.)

Wenn eine Währung nicht einlösbar ist in ein wertvolles Metall, sondern in einer nicht einlösbaren Fiat-Währung besteht, wie es weltweit der Fall ist seit der Schliessung des "goldenen Fensters" durch Präsident Nixon 1971, ist ihre Quantität durch keinerlei natürliche

Schranke begrenzt. Die Zentralbank mit dem Auftrag, die Währung zu verwalten, kann so viel Geld herausgeben wie sie will und kann niemals bankrott gehen, da die Fiat-Währung keinem Eigner ein Recht einräumt auf irgend eine Art von Einlösung. Somit benötigt eine flexible Verwaltung der Gesamtmenge des Geldes keine Währungssubstitute, die durch Kreditvergabe herausgegeben werden, da die Quantität der Fiat-Währung flexibel nach Belieben bestimmt werden kann. Zudem muss die Fiat-Währung selber nicht notwendig durch Kreditgewährung zustande kommen, da sie nicht einlösbar ist und infolgedessen einfach durch die Herausgabe existiert (*spent into existence*). Zum Beispiel kann die Zentralbank neues Geld, das zur Erreichung des Inflationsziels notwendig ist, als Bürgergeld verteilen. Somit wird das Wachstum der Geldmenge keine Kreditgewährung erfordern. Wie in Abschnitt 5 erörtert, wird dann der Kreditmarkt ein reiner Finanzintermediär sein, ungestört durch Geldpolitik, und ohne dass Kreditgewährung und Rückzahlung von Krediten eine Ausweitung oder Schrumpfung des Geldes mit sich bringen werden.

Friedmann (1960) drückt die überflüssige Verbindung zwischen Geld und Kredit in folgenden Worten aus:

In modernen Finanzsystemen ist die Geldschöpfung mit den Aktivitäten des Verleihens und Investierens verbunden und Änderungen in der Geldmenge finden gewöhnlich durch die Kreditmärkte statt. Es gibt hier jedoch keinerlei notwendigen Zusammenhang.

Wenn anerkannt wird, dass die Veränderbarkeit der Fiat-Geldmenge die Verbindung zwischen Geld und Kredit überflüssig macht, wird die Frage aktuell, ob es wünschenswert sei, ein System aufrechtzuerhalten, in welchem Geld in den Kreditmarkt eingespritzt wird. Diese Frage muss im Hinblick auf die ökonomischen Konsequenzen einer solchen Praxis angegangen werden. Dem sind die nächsten Abschnitte gewidmet, zunächst indem die Argumente durchgesehen werden, die von der Banking School und von der Currency School erhoben wurden, dann durch die Analyse der sektoriellen und intertemporalen Auswirkungen von Geldspritzen.

3 Die Real Bills-Doktrin und die Kreditzyklus-Theorie

Die Sicht auf die Wünschbarkeit einer engen Verbindung von Geld und Kredit ändert sich je nach der Doktrin. Dies war das Thema der intensiven Debatte zwischen der Banking und der Currency School in Grossbritannien im 19. Jahrhundert. (Anmerkung: In dieser Debatte ging es auch um andere Themen, wie die Äquivalenz zwischen Banknoten und Bankeinlagen oder die Rolle von wertvollen Metallen bei der Festlegung von Preisen. In diesem Paper konzentrieren wir uns auf die ökonomischen Konsequenzen der Verbindung von Geld und Kredit, was bis heute von grösster Wichtigkeit geblieben ist.) Während die erstere in der Verbindung von Geld und Kredit ein Mittel sah, der Wirtschaft die optimale Geldmenge zur Verfügung zu stellen, identifizierte die letztere diese Verbindung als die Quelle von Konjunkturschwankungen.

In der Real Bills-Doktrin halten die Vertreter der Banking School (Tooke, Fullarton) dafür, dass sich die Expansion des Bankensystems von sich aus den Bedürfnissen der Wirtschaft anpasst. Der Grund dafür ist, dass das Geld, in der Form von Währungssubstituten oder Bankeinlagen, geschöpft wird, wenn Geschäftsbanken Kredit vergeben. Die Geldmenge nimmt zu, wenn Geld benötigt wird zur Finanzierung von Kreditgeschäften. Die Geldschöpfung, so lautet die Argumentation, kann niemals den Bedarf übersteigen, weil sich das Geld automatisch dem Geschäftsvolumen anpasst. Wenn die Wirtschaft Wachstum benötigt, richtet sich das Geld danach, die Erhöhung des Kreditbedarfs zu befriedigen. Es bleibt im Umlauf, solange es die Wirtschaft benötigt. Wenn die Wirtschaft weniger Kredit benötigt, schrumpft das Geld automatisch, wenn Bankdarlehen zurückbezahlt werden. Zunahme und Schrumpfung des Geldes werden von den Vertretern der Real Bills-Doktrin als

die Folge, niemals als die Ursache von Schwankungen der Geschäftstätigkeit gesehen. Die Befürworter dieser Doktrin beteuern, dass die automatische Anpassung des Geldes an den Bedarf der Wirtschaft nicht inflationär sei und keine Verzerrungen im produktiven Sektor erzeuge, da ja das durch Kreditausweitung erzeugte Geld zurück zu den Banken fliesse, wenn der Kredit schrumpfe.

Die Vertreter der Currency School (Ricardo, Thornton, Lord Overstone) widersprechen der Real Bills-Doktrin und bestehen darauf, dass Geschäftsbanken leicht zu viel Währungssubstitute schaffen können, obgleich dies zusammen mit der Kreditgewährung geschehe. Gemäss der Kreditzyklus-Theorie liegt der Trugschluss der Real Bills-Theorie in der Voraussetzung, dass die wirtschaftlichen Bedürfnisse exogen seien, d.h. unabhängig von der Kreditpolitik der Geschäftsbanken. Da die Rentabilität einer Investition vom Niveau der Zinssätze abhängt, beeinflusst die Kreditpolitik der Geschäftsbanken die Kreditnachfrage. Diese nimmt zu, wenn die Zinssätze fallen und nimmt ab, wenn sie steigen. Wenn die Geschäftsbanken eine expansive Kreditpolitik verfolgen, führen sie eine steigende Nachfrage herbei, indem sie die Zinssätze senken. Das Bankensystem kann sich gar nicht an die wirtschaftlichen Bedürfnisse anpassen, weil diese ihrerseits abhängig sind vom Zinssatz, den die Geschäftsbanken für die Kreditgewährung verlangen. Schwankungen in der Kreditnachfrage werden deshalb die Kreditpolitik von Geschäftsbanken (oder eventuell die der Zentralbank) widerspiegeln, statt exogene Veränderungen der wirtschaftlichen Bedürfnisse. Somit trägt die enge Verbindung zwischen Geldschöpfung und Kredit nicht unbedingt dazu bei, die Ökonomie zu stabilisieren, sondern kann eher noch die Ursache von Konjunkturschwankungen sein. Die Kreditzyklus-Theorie wurde im 20. Jahrhundert fortgesetzt und weiter entwickelt mit besonderem Gewicht auf der Rolle des Kreditmarktes für die intertemporale Koordination der Ökonomie, wie in Abschnitt 5 erörtert wird.

Im gegenwärtigen Umfeld einer starken Hypotheken-Entwicklung wird die Banking School darauf bestehen, dass Banken passiv das Geld zur Verfügung stellen, das für neue Häuser, die im Markt angeboten werden, benötigt wird (Geschäftsbedarf), während die Currency School unterstreichen wird, dass der Nachschub billiger Bankkredite (unter dem Schutz der Zentralbank) aktiv neuen Wohnungsbau anregt und wirtschaftliche Ungleichgewichte aufbaut.

Die Idee des Bürgergeldes begünstigt die Trennung von Geld und Kredit und steht demnach in der Tradition der Currency School. Die Überlegenheit dieser Praxis gegenüber der Kreditausweitung soll jetzt erörtert werden im Hinblick auf sektorielle und intertemporale Auswirkungen von Geldspritzen.

4 Sektorielle Verteilung und Inflation

Der erste Vorteil des Bürgergeldes besteht darin, dass es die ökonomischen Sektoren gleichmässiger betrifft und die Nachfrage und die Preisentwicklung für eine breitere Palette von Gütern belebt als dies in den Kreditmarkt gelenktes Geld zu tun imstand wäre. Zur Stimulierung des Preises von Bestandteilen des Konsumentenpreisindex' ist somit Bürgergeld wirkungsvoller als Kreditausweitung. Daraus folgt, dass Bürgergeld weniger sektorielle Verzerrung und Ungleichheit erzeugt.

Eine Erhöhung an sich der Geldmenge betrifft nicht alle ökonomischen Sektoren gleichmässig, weil es auf die Weise ankommt, wie das Geld injiziert wird. Cantillon (1755) war der erste Ökonom, der hervorhob, dass eine Erhöhung der Geldmenge eher die Preisrelationen beeinflusst als alle Preise in demselben Mass. (Anmerkung: Vgl. Ledoit (2011) über ein formales Modell des Cantillon-Effekts.) Wenn Geld in einem bestimmten Moment in die Wirtschaft gelangt, hat eine Erhöhung der Geldmenge den grössten Einfluss auf die

Nachfrage und den Preis der Güter, für die es zuerst ausgegeben wird. Wenn jedoch das Geld Schritt für Schritt in die Wirtschaft gelangt, werden andere Märkte durch die monetäre Expansion ebenfalls beeinflusst. Der Prozess, durch welchen Geld injiziert wird, bestimmt, welche ökonomischen Sektoren am meisten durch die Gelderweiterung belebt werden und bestimmt damit auch die Inflationsentwicklung.

Wenn Geld in den Kreditmarkt injiziert wird, stimuliert es in erster Linie Sektoren, in denen die Nachfrage von Kredit abhängt, z.B. den Wohnungsbau. In erster Linie stimuliert die Erhöhung der Geldmenge in diesem Fall Liegenschaftspreise und hat aber nur schwachen Einfluss auf die KPI-Inflation. Wird Geld hingegen als Bürgergeld injiziert, wird es wahrscheinlich anfänglich weniger auf den Wohnungsmarkt konzentriert sein; eher wird es breiter über die ökonomischen Sektoren verteilt sein, gemäss der Art, wie die BürgerInnen ihr Einkommen verwenden. Eine Erhöhung der Geldmenge wird somit effektiver die Komponenten des KPI erreichen, wenn das Geld als Bürgergeld statt in den Kreditmarkt injiziert wird. Dementsprechend muss die Zentralbank mit Bürgergeld eine geringere Erhöhung der Geldmenge anwenden als bei Kreditausweitung, um ihr Inflationsziel zu erreichen.

Bürgergeld bringt also weniger sektorielle Verzerrung und weniger Ungleichheit mit sich als Krediterweiterung. (Anmerkung: Vgl. Huelsmann (2014): Essay über den Verteilungseffekt der Geldpolitik) Neben verschiedenen Auswirkungen auf die Inflation bestimmt der Prozess, wie Geld in die Wirtschaft injiziert wird, auch die Sektoren, die am meisten von der Erhöhung der Geldmenge profitieren. Wenn Geld in den Kreditmarkt kommt zum Kauf von Immobilien, bevorzugt die Erhöhung der Geldmenge die Baufirmen und Liegenschaftenhändler. Eine Baufirma wird von der Geldexpansion profitieren, wenn die Nachfrage nach Wohnungsbau steigt, und sie kann ihr zusätzliches Einkommen ausgeben, bevor die Preise in anderen Sektoren gestiegen sind. In der zweiten Runde werden die Ausgaben der Baufirma bestimmen, welche Sektoren als nächste von der Expansion profitieren. Jedoch werden nicht alle Sektoren Vorteile der Expansion für sich ableiten können. Ökonomische Sektoren, deren Nachfrage kaum von Kreditexpansion stimuliert wird, leiden unter der Preiserhöhung bei anderen Gütern, während ihre eigenen Preise gleich bleiben. Angenommen zum Beispiel, dass die Kreditausweitung die Nachfrage und den Preis für Brot unberührt lässt, dann wird die Expansion die Bäcker ärmer machen, weil ihr nominales Einkommen gleich bleibt, während andere Preise, wie die für Eigentum, steigen.

Wird hingegen Geld als Bürgergeld injiziert, wird der umverteilende Effekt der Geldpolitik kleiner sein, weil alle BürgerInnen von der Geldexpansion im gleichen Mass in der ersten Runde profitieren. Alle BürgerInnen werden ihr Gesamteinkommen nach ihren eigenen Neigungen ausgeben. Natürlich werden es einige besser machen als andere, aber diese Ungleichheiten werden von Marktverhandlungen herrühren (und von der freien Ausübung des Rechts auf Privateigentum), und nicht von der monetären Expansion.

5 Intertemporale Koordination und Konjunkturzyklen

Der zweite Vorteil des Bürgergeldes gegenüber der Kreditexpansion liegt darin, dass ersteres keine Diskrepanz zwischen Investition und freiwilligem Sparen schafft und damit auch nicht zur Bildung von wirtschaftlichen Ungleichgewichten beiträgt. Gesamthaft muss die Identität von Investition und Ersparnis erhalten bleiben. Trotzdem unterscheidet sich die Kreditexpansion vom Bürgergeld hinsichtlich des ökonomischen Prozesses, der diese Identität aufrechterhält.

Wenn Geld als Bürgergeld geschaffen wird, bleibt der Kreditmarkt unverfälscht von der Geldausweitung und der natürliche (Wicksellian) Zinssatz kann seine koordinierende Rolle

zwischen Investition und Ersparnis spielen. Der Kreditmarkt ist auf diese Weise der Prozess, der die Nachfrage nach Investitionskapital abstimmt mit der Versorgung von Seiten der Sparer. Wenn dagegen das Geld durch Kreditversorgung injiziert wird, sinken die Zinssätze und bewirken, dass die Investitionen die Ersparnisse übertreffen. Die Diskrepanz zwischen Investitionen und Ersparnissen führt zu (und wird aufgelöst durch) Wirtschaftszyklen und Finanzkrisen. Um diesen Mechanismus besser zu verstehen, wollen wir die ökonomischen Auswirkungen einer Geldinjektion in den Kreditmarkt näher beleuchten.

5.1. Kreditexpansion

Kreditgeschäfte sind intertemporale Geschäfte, bei denen der Kreditnehmer und der Kreditgeber Güter auf Zeit austauschen. Der Zinssatz wird bestimmt von der Nachfrage nach und der Bereitstellung von Kapital und spiegelt die höhere Produktivität von kapitalintensiveren Produktionsprozessen und die subjektive zeitliche Präferenz der Parteien. (Anmerkung: Vgl. Bernholz (1993): Diskussion der Gründe für das Bestehen von Zinssätzen in der Tradition von Böhm-Bawerk (1889) und Kirzner (1993): Hervorragende Darstellung der reinen Zeitpräferenz-Theorie des Zinses.) Der frei im Markt entstandene Zinssatz zeigt den Investoren und Sparern die relative Knappheit der für Investitionen erhältlichen Mittel. Wenn die Versorgung mit Kapital, das von Sparern freiwillig im Markt angeboten wird, zunimmt, dann wird das daraus entstehende Sinken des Zinssatzes den Discountfaktor vergrößern und damit den Investoren erlauben, sich in kapitalintensiveren Projekten zu engagieren, die beim früheren höheren Niveau der Zinssätze nicht profitabel waren.

Wenn Geld in den Kreditmarkt injiziert wird, hat das dieselbe senkende Auswirkung auf die Zinssätze wie die Erhöhung des Kapitals, das von Sparern freiwillig im Markt angeboten wird. Aber ökonomisch gesehen weist Mises (1912) darauf hin, dass eine Erhöhung der Geldmenge nicht gleichbedeutend ist mit einer Erhöhung der Ersparnisse, weil die Geldschöpfung keinen Wirtschaftsteilnehmer benötigt, der spart (d.h. die gegenwärtigen Ausgaben einschränkt). Im Gegenteil: Kreditexpansion erlaubt sowohl dem Kreditnehmer wie den nachfolgenden Empfängern des neu geschaffenen Geldes, ihre Ausgaben zur selben Zeit zu erhöhen. Als Folge der tieferen Zinssätze sind die Investoren geneigt, sich an kapitalintensiveren Projekten zu beteiligen, obwohl sich die freiwilligen Einsparungen nicht erhöht haben. Dies bewirkt eine Diskrepanz zwischen Investition und freiwilligen Einsparungen auf dem Kreditmarkt.

Wenn der Identität von Investition und Ersparnis auf dem Kreditmarkt nicht Genüge getan wird, weil Geld in diesen Markt injiziert wird, setzen sich andere makroökonomische Prozesse, wie Konjunkturschwankungen und Finanzkrisen, in Bewegung, um diese Identität aufrecht zu erhalten. (Anmerkung: Vgl. Kap. 20 über "Zins, Kreditexpansion und Handelszyklus" in Mises (1949), Kap. 4 über "Preiserwartungen, Finanzstörungen und Fehlinvestitionen" in Hayek (1939) oder Kap. 5 über "Bankkreditausweitung und ihre Auswirkungen auf das ökonomische System" in Huerta de Soto (2009) für einen Überblick über die Österreichische Geschäftszyklus-Theorie.) Die Investition wird dann auf die Höhe der Ersparnis zurückgebracht werden mittels einer Kombination von:

- Zunahme von erzwungener Einsparung (Anmerkung: Der Begriff "erzwungene Einsparung" wird mehr im Sinn von Garrison (2004) als von Hayek (1935) gebraucht.) durch Preiserhöhungen (Inflation),
- Zunahme von erzwungener Einsparung durch Zahlungsausfall, und/oder
- Investitions-Liquidation

Inflation verringert die Kaufkraft der Geldbesitzer und Zahlungsausfall verringert die Kaufkraft der Kreditgeber. Obwohl Inflation und Zahlungsausfall in einer individuellen Sicht eher einen Verlust an Kaufkraft bedeuten als eine Zunahme an Ersparnis, ist eine Verringerung der Ausgaben gesamthaft gesehen trotzdem gleichbedeutend mit einer Zunahme der Ersparnis. In dieser Weise helfen Inflation und Zahlungsausfall, eine Erhöhung der insgesamten

Ersparnis zu erzwingen und verringern die Diskrepanz zur Investition. (Anmerkung: Dies erlaubt auch, den Ausgleich zwischen Inflation und Zahlungsausfall ökonomisch zu verstehen.) Die Art des Korrekturvorgangs hängt vom bestehenden Geldsystem ab. Die Fähigkeit der Zentralbank zur Geldschöpfung bestimmt das Ausmass, in welchem Investition und Ersparnis einander angeglichen werden durch Inflation, Zahlungsausfall oder Investitions-Liquidation. Finanzielles Entgegenkommen einer Zentralbank zum Beispiel ermöglicht Geschäftsbanken, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ohne Vermögenswerte veräussern zu müssen, was das Ausmass von Ausfall und Liquidation verringert, aber das der Inflation erhöht.

5.2. Bürgergeld

Bürgergeld dagegen verzerrt den Kreditmarkt und das Zinsniveau nicht systematisch, da das Geld nicht über die Kreditgewährung herausgegeben wird. Die Zinssätze werden bestimmt von der Nachfrage nach und der Bereitstellung von Kapital auf dem Kapitalmarkt, und nicht von der Menge des Geldes, das in der gesamten Wirtschaft zirkuliert. Ein Wachstum des Geldes senkt die Zinssätze im selben Mass, wie es einen Zuwachs des angebotenen Geldes im Verhältnis zur Nachfrage hervorbringt. Aber wenn das Geldwachstum den Kreditmarkt nicht berührt, weil das neue Geld einfach für Güter und Dienstleistungen ausgegeben wird, gibt es keinen Grund, warum Zinssätze fallen sollten. Ein Wachstum des Geldes durch Pauschalzahlungen an die BürgerInnen bringt eine schwächere Auswirkung auf Zinssätze als Kreditexpansion, weil das neue Geld nicht notwendigerweise und unmittelbar den Kreditmarkt erreicht.

Erstens: Während Kreditexpansion bedeutet, dass neues Geld als neu gewährter Kredit in die Wirtschaft kommt, wird Geld, das als Bürgergeld in den Umlauf kommt, das Kreditangebot nicht notwendigerweise erhöhen. Einige Empfänger mögen entscheiden, das ihnen überwiesene neue Geld auf dem Markt zu verleihen, andere mögen vorziehen, es auszugeben. Tatsächlich ist es wahrscheinlich, dass die BürgerInnen auf das Bürgergeld hinsichtlich ihrer Position gegenüber dem Kreditmarkt unterschiedlich reagieren. Während die einen die Gelegenheit des Bürgergeldes benützen mögen, um ihre Schulden zu verringern, mögen andere es vorziehen, das Gegenteil zu tun. Cantillon (1755) hat sogar die Ansicht, dass Zinssätze im Gefolge von Bürgergeld eher steigen als fallen werden (p. 178):

Wenn ein Überschuss an Geld [...] aus den Händen von Kreditgebern stammt, wird eine Erhöhung der Anzahl von Kreditgebern vermutlich den Zinssatz senken. Wenn jedoch der Überschuss aus den Händen von Leuten kommt, die es ausgeben wollen, wird das gerade den gegenteiligen Effekt haben und den Zinssatz anheben, indem es die Zahl von Unternehmern erhöht, die als Folge der erhöhten Ausgabefreudigkeit geschäftlich tätig werden und ihre Unternehmungen zu allen Arten von Zinssätzen versorgen müssen.

Zweitens: Bürgergeld bringt eine schwächere Auswirkung auf Zinssätze als Kreditexpansion, weil das neue Geld den Kreditmarkt möglicherweise erst erreicht, nachdem es das Preisniveau stimuliert hat. Wenn Preise steigen, bevor das neue Geld als Kredit bereitsteht, wird der Zuwachs an realem Kreditangebot schwächer ausfallen. Mises (1949) beschreibt diesen Effekt wie folgt (p.553):

Wenn eine zusätzliche Menge an Geld in das ökonomische System gelangt, indem es den Kreditmarkt erst dann erreicht, wenn es bereits Güterpreise und Lohntarife zum Steigen gebracht hat, werden diese unmittelbaren zeitweiligen Auswirkungen auf den Brutto-Marktzinssatz entweder gering sein oder ganz ausbleiben.

Dagegen bedeutet die Kreditexpansion, dass die erste Wirkung des Prozesses der Geldschöpfung ein Anwachsen der Kreditversorgung ist. Das neue Geld kann die Nachfrage und die Preise erst anregen, nachdem die reale Kreditversorgung angestiegen ist.

Um es kurz zu sagen: Ein Anwachsen der Geldmenge verfälscht die ausgleichende Rolle der Zinssätze in dem Ausmass, wie es den Verlauf des Kreditmarktes beeinflusst. Wenn das Geld durch Kreditgewährung herausgegeben wird, so wie es im gegenwärtigen Geldsystem der Fall ist, dann verändert eine Vergrösserung der Geldmenge den intertemporalen Handel und die Zinssätze. Im Gegensatz dazu macht es das Bürgergeld möglich, die Geldmenge zu erhöhen, um die Gesamtnachfrage und die Inflation zu stimulieren, ohne eine Diskrepanz zwischen Investition und Ersparnis auf dem Kreditmarkt zu erzeugen. Die Kreditgewährung bleibt in dieser Weise unabhängig von der Geldschöpfung und die Identität von Investment und Ersparnis bleibt erhalten durch die koordinierende Rolle des unverfälschten Kreditmarktes.

6 Die Rolle des Geldsystems

Die Trennung von Geld und Kredit verlangt im Prinzip die Abschaffung des fraktionalen Reservebanking und die Übernahme eines 100% Reservebanking. (Anmerkung: Dieser Abschnitt fusst auf Baeriswyl (2015).) Die Herstellung von Währungssubstituten der Geschäftsbanken durch Kreditgewährung wäre verboten. Im Fiat-Währungs-System würde damit die gesamte Geldschöpfung der Währungsschöpfung durch die Zentralbank entsprechen.

In einer wachsenden Wirtschaft muss die Geldmenge zunehmen, damit das Preisniveau stabil bleibt. Die Idee, die Geldschöpfung von der Kreditgewährung zu trennen, ist nicht neu. Sie war eines der Ziele des 100%-Geld-Plans, der von Fisher (1936) vertreten wurde. In Übereinstimmung mit den oben ausgebreiteten Argumenten erkennt Fisher, dass die Suche nach Preisstabilität durch eine Zentralbank in einem fraktionalen Reservebanking-System unbeabsichtigte Folgen mit sich bringt, weil die Zunahme der Geldmenge im Kreditmarkt stattfindet (p. 139):

...sogar dann, wenn im (fraktionalen Reserven-) System das Preisniveau, für eine gewisse Zeit, erfolgreich stabilisiert ist, erfordert, bei dem Manko dieses Systems, der blosser Aufwand, dies mit Zinssatz-Manipulation zu erreichen, notwendigerweise eine gewisse Verzerrung des Zinssatzes gegenüber der Normalität, d.h. gegenüber dem, was Angebot und Nachfrage bei den Darlehen ergeben hätten.

Mit anderen Worten: Fisher argumentiert, dass durch die Verbindung von Geld und Kredit die Suche nach Preisstabilität gefährlich wird, weil diese Verbindung Verzerrungen des Kreditmarktes erzwingt, damit dieses Ziel erreicht werden kann. Als Lösung unternimmt Fishers Vorschlag den Versuch, die Diskrepanz zwischen Investition und Ersparnis, die von der Kreditexpansion herrührt, zu verkleinern (p. 111):

Das Wachstum des Landes würde weitgehend abhängen vom Wachstum der Ersparnisse und Investitionen und diese beiden würden eher dasselbe bedeuten als heute; denn ihre Übereinstimmung würde nicht so sehr gestört werden wie sie es heute ist - d.h. gestört in Boom-Phasen durch Ausleihen, die nicht durch Ersparnisse abgesichert sind, und in Depressionszeiten durch Ersparnisse, die gehortet werden, statt investiert.

In gleicher Weise unterstreicht Fisher, dass in seinem Plan die Zinssätze nicht durch Erhöhungen der Geldmenge beeinflusst würden (p. 140):

Zinssätze würden ihr Niveau in natürlicher Weise entsprechend zum Angebot und zur Nachfrage von Darlehen suchen, und reale Sätze würden nicht durch schlechtes Verhalten des Geldes verdorben.

Fisher war nicht der einzige, der dieses Anliegen während der Debatte der 30er Jahre zur Sprache brachte. Das Thema der Identität von Investition und Ersparnis wurde allgemein von Wissenschaftlern angesprochen, wie zum Beispiel von Angell (1935), einem weiteren einflussreichen Befürworters des 100% Reserven-Systems zu jener Zeit (p. 24):

[Eine Erhöhung der Geldmenge] hat zur Folge, dass Zinssätze tiefer gehalten werden als sie sonst wären, dass eine Investition unternommen wird, die sich im Lauf der Zeit nicht selber tragen kann oder die in anderer Weise schlecht beraten ist, und dass eine darauf folgende schmerzliche und unwirtschaftliche Bereinigung stattfinden muss.

Kurz, diese Autoren erkennen die unbeabsichtigten Folgen der Suche nach Preisstabilität im fraktionalen Reserve-System und fordern die Trennung der Geldschöpfung von der Kreditgewährung. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn die Zentralbank das Geld als Bürgergeld herausgibt, wie oben dargelegt.

Im Gegensatz dazu stehen die modernen Vertreter des 100% Reserven-Systems, wie Benes und Kumhof (2013). Sie befürworten auf dem ganz anderen Boden ihres "Chicago Plan Revisited", dass sich die Zentralbank besser für die Kreditexpansion einsetzen kann, wenn sie die Zinssätze in den negativen Bereich senkt. Das Ziel ihres Plans ist nicht, dass die Zinssätze und der Kreditmarkt nicht durch Geldspritzen verfälscht werden sollen, wie Fisher (1936) es wollte, sondern dass die Kontrolle der Zentralbank über den Kreditmarkt verstärkt werde. So sagen zum Beispiel Benes und Kumhof (2013, p.10):

... da der Zinssatz auf Staatskredite für Investoren keine Opportunitätskosten des Geldes darstellt, sondern ein Kreditzinssatz für eine Kreditfazilität, die nur für Investmentfonds zur Finanzierung physischer Investitionsprojekte zur Verfügung steht, kann er zeitweise negativ werden ohne jegliche praktischen Probleme. Mit anderen Worten: Eine Null-Untergrenze gilt nicht für diesen Satz.

Ihr Plan erlaubt also der Zentralbank, der Liquiditätsfalle im fraktionalen Reserven-System zu entgehen und die Kreditexpansion weiter zu führen. Dadurch wird die Verbindung zwischen Geld und Kredit verstärkt statt geschwächt. Obwohl ein solcher Versuch fähig sein mag, die Wirtschaft kurzfristig zu stimulieren, verschärft er die intertemporale Verwirrung und schwächt die wirtschaftliche Stabilität auf längere Sicht.

Ein 100% Reserven-System zu übernehmen, genügt demnach nicht, um die Trennung von Geld und Kredit zu verwirklichen. Es ist vielmehr auch nötig, dass die Zentralbank das Geld als Bürgergeld in den Umlauf bringt, statt durch Kreditgewährung an Finanzintermediäre. Nur dann wird der Kreditmarkt nicht durch Finanzspritzen verfälscht und gewinnt der Zinssatz seine koordinierende Rolle zwischen Investition und Ersparnis zurück.

7 Zusätzliche Aspekte

Dieser Abschnitt erörtert einige zusätzliche Aspekte der Einführung des Bürgergeldes durch eine verantwortungsbewusste Zentralbank. Er handelt von den Unterschieden von und Ähnlichkeiten mit der Geldmengensteuerung, von der Verringerung der Geldmenge, von der Unabhängigkeit der Zentralbank, von der Verträglichkeit des Bürgergeldes mit dem Kapitalismus und von seinem Verhältnis zur Haushaltspolitik.

7.1 Unterschiede von und Ähnlichkeiten mit der Geldmengensteuerung

Die Quantität des Bürgergeldes zu bestimmen, mag auf den ersten Blick an Geldmengensteuerung erinnern, wie sie in den letzten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts von einigen Zentralbanken verfolgt wurde, wie von der Schweizer Nationalbank oder der Deutschen Bundesbank. Diese Zentralbanken waren es gewohnt, Geldpolitik mit der Festsetzung eines Wachstumsziels für die Geldmengen zu betreiben. Und dennoch war die Aufsicht über die Geldmengen Teil der Kreditgeld-Ökonomie, so sehr wie heutzutage die Aufsicht über die Zinssätze. Während sich die Verwaltung der Geldmengen auf die Menge des in den Kreditmarkt injizierten Geldes konzentriert (durch die Kreditgewährung von Geschäftsbanken), konzentriert sich die Verwaltung der Zinssätze auf den Kredit-Preis.

Bürgergeld unterscheidet sich von diesen Strategien dadurch, dass das Geld nicht in den Kreditmarkt injiziert wird. Die Geldpolitik wird geleitet durch die Verwaltung der Menge des Bürgergeldes, anstatt der Menge des durch Kreditgewährung der Geschäftsbanken erzeugten Geldes.

Bürgergeld hat trotzdem auch Ähnlichkeit mit der Geldmengensteuerung, indem die Zentralbank die Geldpolitik durch die Steuerung des Wachstums des zirkulierenden Geldes betreibt. Jährlich oder quartalsweise entscheidet die Zentralbank über einen Zuwachs des Bürgergeldes. Stabilitätspolitik wird erreicht durch Erhöhung oder Verringerung des Wachstums des Bürgergeldes.

7.2 Verringerung der Geldmenge

Wenn das Geld in den Kreditmarkt injiziert wird, nimmt die Geldmenge zu mit der Gewährung von Krediten und nimmt ab mit deren Rückzahlung. Dagegen schrumpft Bürgergeld von sich aus zu keiner Zeit. Die Zentralbank kann die Geldmenge trotzdem reduzieren, indem sie kurzfristige Wechsel oder langfristige Anleihen herausgibt. Wenn sie das tut, ersetzt sie Geld durch nicht-monetäre Papiere. (Anmerkung: Zu beachten ist, dass dieser Rückzugsprozess den Kreditmarkt berühren würde.) Die Herausgabe von nicht-monetären Papieren führt jedoch zu einem nachfolgenden Wachstum des Geldes in der Höhe der für diese Papiere bezahlten Zinsen. Während das Geld schrumpft mit der Herausgabe dieser Papiere, nimmt es in höherem Mass zu, wenn diese Zinszahlungen fällig werden. Die Regierung kann auch beitragen zur Verringerung der Geldmenge, indem sie einen Teil des mit Steuern oder Anleihenemission erhobenen Geldes an die Zentralbank zurückzahlt.

Ob die Dauerhaftigkeit des Bürgergeldes einen Vor- oder einen Nachteil bedeutet, hängt vom jeweiligen Gesichtspunkt ab. Die allgemeine, in der heutigen Zentralbank-Gemeinschaft vorherrschende Meinung ist, dass die Schrumpfung des Geldes, die einhergeht mit der Schrumpfung des Kredits (Schulden-Deflations-Spirale), sehr gefährlich sei für die Wirtschaft und die Kontrolle der Inflation. Fig. 1 zeigt die Entwicklung des ganzen Geldmengenaggregats M3 seit 1969 in der Schweiz, in den USA und in Deutschland. [Fig. 1 im englischen Original] Obwohl die Menge des zirkulierenden Geldes im gegenwärtigen Geldsystem abnimmt, wenn das Volumen der Bankkredite schrumpft, hat das breite Geldaggregat M3 kaum je zu irgend einem signifikanten Zeitabschnitt abgenommen, nicht einmal während der disinflationären Episoden in den 1980er Jahren. Die einzige Ausnahme findet sich in Deutschland zwischen 2008 und 2011. Bisher hat das Arsenal von Massnahmen, die von Zentralbanken seit dem Ausbruch der letzten Finanzkrise ergriffen wurden, genau darauf abgezielt, diesem Mechanismus Gegensteuer zu geben und zu verhindern, dass die Wirtschaft entschuldet werde und das zirkulierende Geld sich verringere. Aus diesen Gründen sollte die Tatsache, dass Bürgergeld nicht automatisch zu einem späteren Zeitpunkt verschwindet, als Vorteil statt als Nachteil dieses Prozesses angesehen werden, weil dies den Zentralbanken die Notwendigkeit von Interventionen erspart, die eine Schrumpfung des Geldes verhindern sollen.

7.3 Unabhängigkeit der Zentralbank

Bürgergeld stellt die Unabhängigkeit der Zentralbank nicht in Frage. Die Vorzüge der Unabhängigkeit der Zentralbank sind innerhalb der gegenwärtigen Kreditgeld-Ökonomie ausführlich diskutiert worden und bleiben gültig, wenn das Geld als Bürgergeld in Umlauf kommt. Die Zentralbank sollte unabhängig über das nötige Geldwachstum entscheiden, um ihre Aufgabe der Preis-Stabilität erfüllen zu können.

Es gibt keinen klaren Grund, warum die Gefahr der Abhängigkeit grösser sein sollte mit Bürgergeld als mit Kreditexpansion. Im Gegenteil: Wenn der Geldschöpfungsgewinn gleichmässiger in der Gesellschaft verteilt ist, wird der Anreiz schwächer, die Zentralbank zu beeinflussen. Historisch gesehen lag der Zweck der Unabhängigkeit der Zentralbank darin, die Regierung daran zu hindern, auf Kosten der Bevölkerung politischen Vorteil aus der Geldexpansion zu ziehen. Bürgergruppen, welche die Zentralbank beeinflussen wollen, haben wahrscheinlich weniger Erfolg damit als Regierung, Industrie oder Geschäftsbanken. Manche mögen befürchten, dass politische Gruppierungen das Bürgergeld als Gelegenheit ausnützen wollen, um allen BürgerInnen ein Grundeinkommen zu verschaffen. Ein solcher Vorschlag würde jedoch dem üblichen demokratischen Prozess unterworfen werden.

7.4. Kapitalismus

Bürgergeld verträgt sich besser mit den Prinzipien des Kapitalismus als Kreditexpansion, weil es einen besser über die Gesellschaft verteilten Geldschöpfungsprofit mit sich bringt und weil es den Kreditmarkt und die Zinssätze nicht verfälscht.

Der Kapitalismus kann definiert werden als ein Wirtschaftssystem, in welchem die Verwendung der Ressourcen aus der freien Ausübung des Rechts auf Privateigentum erfolgt. Die Geldschöpfung aus dem Nichts widerspricht dem Wesen des Kapitalismus grundsätzlich, denn sie ist eine Umverteilung von Ressourcen durch eine Art von Enteignung zu Gunsten des ersten Empfängers von neuem Geld. Umverteilung von Ressourcen mittels Geldschöpfung ist kein Ausfluss der freien Ausübung des Rechts auf Privateigentum. Allais (1999) beschreibt den umverteilenden Effekt der Geldschöpfung mit folgenden Worten:

Im Wesentlichen ist die gegenwärtige Geldschöpfung aus Nichts durch das Bankensystem ähnlich wie - ich zögere nicht, es zu sagen, damit man klar verstehen kann, um was es da geht - wie die Geldschöpfung von Falschmünzern, die richtigerweise streng verdammt wird durch das Gesetz. Konkret gesagt: Es führt beides zum selben Resultat. Der einzige Unterschied ist, dass die Nutzniesser davon nicht dieselben Leute sind.

Indem das Bürgergeld neues Geld gleichmässiger in der Gesellschaft verteilt, bringt es weniger Umverteilungswirkung hervor als die Kreditexpansion und widerspricht daher den Prinzipien des Kapitalismus weniger.

7.5 Ist das Bürgergeld ein finanzpolitisches Instrument?

Bürgergeld wird manchmal in Beziehung gebracht mit Finanzpolitik, weil es durch die Zentralbank, ein staatliches Organ, ausgegeben wird, oder weil es auf Kosten der Seigniorage geht, die sonst der Regierung ausbezahlt würde. (Anmerkung: Unkonventionelle Massnahmen von Zentralbanken, wie die quantitative Lockerung, mögen einige fiskale Aspekte haben, weil Staatsanleihen gekauft oder Steuergelder riskiert werden.) Diese Argumentation ist aus zwei Gründen infrage zu stellen. Erstens: Das Bürgergeld geht nur zu einem kleinen Teil auf Kosten der Regierungs-Seigniorage, weil der Hauptteil des zirkulierenden Geldes im gegenwärtigen

Geldsystem von Geschäftsbanken geschöpft wird statt von der Zentralbank. Obwohl also der Ersatz der Kreditexpansion durch Bürgergeld die Regierungsseigniorage verkleinert, verkleinert er in weit höherem Ausmass den Profit, den die Geschäftsbanken und die Empfänger von Bankkrediten aus der Kreditexpansion ziehen. Zweitens: Die Seigniorage ist ein Ergebnis der Geldschöpfung und ist, infolgedessen, von der Geldpolitik angetrieben. Der Umstand, dass die Seigniorage ins Regierungsbudget fliesst, bedeutet nicht, dass Geldpolitik mit Fiskalpolitik gleichgesetzt werden sollte.

Die folgende Abgrenzung zwischen Fiskal- und Geldpolitik scheint vernünftiger zu sein. Beide, Fiskal- und Geldpolitik, bewirken eine Umverteilung der Ressourcen unter den Marktteilnehmern. Sie unterscheiden sich von einander durch die Art, wie Ressourcen den einen genommen und den anderen gegeben werden. Fiskalpolitik teilt Ressourcen um durch Besteuerung, Geldpolitik durch Geldschöpfung. Hinsichtlich der Geldschöpfung, die benötigt wird für das Bürgergeld, gibt es keinen Zweifel, dass dieses nicht zur Fiskal-, sondern zur Geldpolitik gehört.

8 Fazit

Eine Zentralbank, die Geld an die BürgerInnen verteilt! Auf den ersten Blick mag dieser Vorschlag weit hergeholt sein. Jedoch, wie das Zitat von Murray Rothbard am Anfang dieses Papers anregt, wenn man einen genaueren Blick darauf wirft, wie die gegenwärtige Kreditgeld-Ökonomie funktioniert, wird es klar, dass das Bürgergeld gutartiger ist als die Kreditexpansion. Erstens: Bürgergeld ist wirkungsvoller für die Kontrolle der Inflation, weil es die ökonomischen Sektoren gleichmässiger belebt und den Preis einer breiteren Palette von Gütern stützt als die Kreditexpansion. Zweitens: Bürgergeld verzerrt den Kreditmarkt und die Zinssätze nicht und trägt somit nicht dazu bei, intertemporale Störungen und wirtschaftliche Ungleichgewichte aufzubauen. Es gibt daher gute Gründe für eine verantwortungsbewusste Zentralbank, Bürgergeld zu bevorzugen gegenüber Kreditexpansion und Zinsmanipulationen, deren Erfolg bezüglich steigender Gesamtnachfrage und Inflation meistens unsicher ist, und deren unbeabsichtigten Konsequenzen nur allzu gut verstanden werden.

Dank Der Autor dankt Katrin Assenmacher, Rafael Greminger, Hans-Ueli Hunziker, Carlos Lenz, Jonas Meuli, Pierre Monin, Samuel Reynard, den Teilnehmern des Symposiums zu Ehren von Prof. Gerhard Illing in München, und besonders Frank Heinemann, dem Herausgeber, für ihre nützlichen Kommentare.

[Literaturverzeichnis im englischen Original]